

Staatliche Preismaßnahmen gefährden die Wirtschaftsstabilität

Zum Wirtschaftsbericht der Bundesregierung für 1964

Die wirtschaftliche Expansion wird in diesem Jahr „insgesamt etwas stärker sein als 1963“, und im ganzen „verspricht die Wirtschaftsentwicklung 1964 .. einen weitgehenden optimalen Ausgleich zwischen dem Erwünschten und dem Erreichten“. So beurteilt die Bundesregierung — übereinstimmend mit den wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten — die Wirtschaftsaussichten für 1964 in dem von ihr Mitte Dezember 1963 dem Bundestag vorgelegten Wirtschaftsbericht 1964. Dieser *Bericht über die Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1963 und die Aussichten für 1964* — wie er genau heißt — stellt auf der Grundlage der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zunächst die Wirtschaftsentwicklung im vergangenen Jahr dar, gibt dann eine Vorausschau auf dieses Jahr und enthält schließlich wirtschaftspolitische Leitlinien für 1964. Die Berichterstattung dieser Art soll künftig der vom Bundestag gesetzlich beschlossene, aber noch zu bildende „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ übernehmen.

Diesmal stärkeres Bemühen um Objektivität

Im vorigen Jahr hatte die Bundesregierung zum ersten Mal einen solchen Überblick über die wirtschaftliche Lage und deren Entwicklungsaussichten gegeben. Während damals dem analytischen Teil des Berichts im ganzen zugestimmt werden konnte, forderten jedoch die von der Bundesregierung gegebenen Leitlinien für 1963 die Kritik und Ablehnung durch die Gewerkschaften geradezu heraus.¹⁾ Die lohnpolitischen Leitlinien waren so einseitig, daß sie in den Lohnkämpfen des vergangenen Jahres den Arbeitgebern als willkommenes Propagandamittel dienten und sie in ihrer starren Haltung bestärkten. Die durchschnittliche Erhöhung der Bruttolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten, sollte nach Ansicht der Verfasser der Leitlinien über 3 bis 3,5 vH „keinesfalls hinausgehen“.

Die Entwicklung im Jahre 1963 hat jedoch der Kritik recht gegeben. Selbst Prof. *Erhard*, der im Mai 1963 als Bundeswirtschaftsminister in dem Arbeitskampf in der badenwürttembergischen Metallindustrie vermittelte, setzte sich schon einige Wochen später über die unsachlichen Leitlinien hinweg, indem er erklärte, daß die vereinbarten Lohn- und Gehaltserhöhungen von 5 vH preisneutral bleiben würden. Insgesamt erhöhten sich die Bruttolöhne und -gehälter im Jahre 1963 um durchschnittlich 6 vH; womit sie die Leitlinien erheblich überstiegen. Aber nur dadurch konnte der — hauptsächlich durch die Löhne und Gehälter finanzierte — private Verbrauch die Konjunktur auf einem hohen Niveau stützen und so ihre Rückläufigkeit aufgehalten werden. Die Bundesregierung hätte jedenfalls jetzt keine so günstige Wirtschaftschagnose und -prognose geben können, wenn die Leitlinie eingehalten worden wäre. Im Wirtschaftsbericht für 1964 sind dagegen auch die Leitlinien abwägender formuliert worden. Selbst wer zu manchen Äußerungen dieses Berichts eine andere Ansicht hat, wird seinen Verfassern bescheinigen können, daß sie im ganzen eine gute analytische Arbeit vorgelegt und sich um Objektivität bemüht haben.

Ein rascheres Wirtschaftswachstum

Im vergangenen Jahr wuchs das Bruttosozialprodukt — in gleichbleibenden Preisen gerechnet — nur um rund 3 vH; das war die niedrigste *reale* Zuwachsrate seit 1958.

1) Vgl. Günter Pehl: Kein Wille zu planvoller Wirtschaftspolitik, GM, H.4/1963, S. 219 ff.

Für 1964 erwartet die Bundesregierung ein rascheres wirtschaftliches Wachstum. Sie rechnet damit, daß die *reale* Zuwachsrates wieder auf 4,5 vH ansteigen wird. Die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute schätzen die *reale* Zunahme sogar auf 5,3 vH. Ob die tatsächliche Entwicklung mehr dem einen oder dem anderen recht geben wird, kann heute kaum beurteilt werden. Übereinstimmend wird jedenfalls angenommen, daß das Sozialproduktswachstum in diesem Jahr — ebenso wie in den letzten Jahren — fast ausschließlich auf dem Produktivitätsfortschritt beruhen wird. Nur etwa ein Siebentel des Sozialproduktzuwachses wird Folge einer Zunahme der Beschäftigtenzahl — meist durch ausländische Arbeitskräfte — sein.

Ebenfalls übereinstimmend wird ein Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus um rund 2 vH angenommen. Infolgedessen wird sich das Bruttosozialprodukt *nominal* um rund 6,4 vH — nach Ansicht der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute sogar um 7,5 vH — erhöhen. Allerdings ist zu befürchten, daß der Preisauftrieb stärker sein wird, als es die Bundesregierung annimmt. Jedenfalls lag der für die Arbeitnehmer interessante Preisindex für die Lebenshaltung bereits im Dezember 1963 um knapp 1,2 vH über dem Durchschnitt des Jahres 1963, und eine Anzahl weiterer Preiserhöhungen sind angekündigt worden.

Preisauftrieb durch staatliche Maßnahmen

Diese Preisanhebungen sind jedoch nicht die Folge von Lohnerhöhungen, sondern sie lassen sich größtenteils auf politische Entscheidungen zurückführen. Beispiele hierfür waren die Heraufsetzung der Bahn- und Postgebühren, die Mieterhöhungen in den sogenannten „weißen Kreisen“, die Heraufsetzung des Trinkmilchpreises, die außerdem einen Anstieg der Preise für Milcherzeugnisse auslöste, sowie die Auswirkungen verschiedener EWG-Regelungen bei Nahrungsmitteln, hier meist im Zusammenwirken mit der Agrarschutzpolitik der Bundesregierung. Für das gegenwärtig enorme Ansteigen der Preise für Fleisch und Fleischwaren liegt z. B. die Verantwortung eindeutig bei der Bundesregierung.²⁾

Es kann als eine Bestätigung der gewerkschaftlichen Kritik an der amtlichen Wirtschaftspolitik angesehen werden, wenn es mit begrüßenswerter Objektivität im Wirtschaftsbericht 1964 heißt, daß der Anstieg des Preisniveaus „zum Teil eine Folge der noch gegen Ende 1963 eingetretenen Preissteigerungen auf dem Agrargebiet und auf dem Wohnungsmarkt“ ist. „Ferner können gewisse Preissteigerungstendenzen auf einigen anderen Gebieten, in denen der Wettbewerb in irgendeiner Form begrenzt oder ausgeschaltet ist, nicht ganz ausgeschlossen werden.“ (Abschnitt 20.) In den Leitlinien wird sogar völlig richtig festgestellt, daß „auf das Preisniveau einwirkende staatliche Maßnahmen ... zu einem guten Teil für die schleichende Inflation mitverantwortlich“ sind, und es wird auf die größer gewordene „unmittelbare Verantwortung des Staates für die allgemeine Preisentwicklung“ hingewiesen. (Abschnitt 30.) Das sollte übrigens auch bei der Beratung der Krankenversicherungsreform beachtet werden, denn die von der Bundesregierung vorgeschlagene Einführung der direkten Kostenbeteiligung würde — im einzelnen ausgerechnet für die Kranken und ihre Familien — im ganzen ebenfalls zu einer erneuten Verteuerung der Lebenshaltung führen.

Verantwortungsbewußte gewerkschaftliche Tarifpolitik wird nicht honoriert

Während die staatlich manipulierbaren Preise in diesen Monaten entscheidend zum Anstieg des Preisniveaus beitragen, sehen die Verfasser des Wirtschaftsberichts bei der Lohnentwicklung „die Chance . . . , daß von ihr keine ins Gewicht fallenden allgemeinen

2) Siehe hierzu Einzelheiten in dem letzten Bericht zur Wirtschaftslage Heft 1/1964 der GM, S. 43/44.

Preisauftriebstendenzen ausgelöst werden“ (Abschnitt 20). Im vergangenen Jahr wurden für einen großen Teil der Beschäftigten längerfristige Tarifvereinbarungen getroffen, die bereits für 1964 die Erhöhungssätze festlegten. Dadurch ergaben sich stabilisierende Auswirkungen auf die gesamte wirtschaftliche Entwicklung. Ein derartig verantwortungsbewußtes Verhalten der Gewerkschaften in ihrer Tarifpolitik verpflichtet indessen die staatliche Wirtschaftspolitik, von sich aus ebenfalls alles zu tun, um das Preisniveau stabil zu halten. Wenn aber statt dessen die Lebenshaltung gerade durch staatliche Maßnahmen empfindlich verteuert wird, dann sind den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften längerfristige Tarifverträge künftig nicht mehr zuzumuten.

Es ist völlig verfehlt, von den Gewerkschaften, die sich in ihrer Tarifpolitik verantwortungsbewußt zeigen, auch noch zu verlangen, daß sie die zur Einkommensverbesserung bestimmter Gruppen der Wirtschaft beschlossenen oder gebilligten Preiserhöhungen akzeptieren und als zusätzliche Belastung hinnehmen. Dieser Forderung des Wirtschaftsberichts (Abschnitt 30), wonach die Kaufkraftverluste, die infolge der Regierungspolitik bei den Arbeitnehmern entstehen, nicht durch sonst mögliche Lohn- und Gehaltserhöhungen ausgeglichen werden dürfen, hat der Deutsche Gewerkschaftsbund in seiner Stellungnahme zum Wirtschaftsbericht entschieden widersprochen. Im selben Abschnitt (30) des Wirtschaftsberichts wird gefordert, daß staatliche Preismaßnahmen „nicht unkoordiniert erfolgen und Ergebnisse einseitiger Überlegungen sein“ dürfen. Aber die Mietanhebung und die Agrarpolitik sind beispielhaft „unkoordiniert“ und das „Ergebnis einseitiger Überlegungen“. Außerdem wird gerade bei wichtigen Nahrungsmitteln gegen die auch im Wirtschaftsbericht erhobene Forderung nach einer liberalen Einfuhrpolitik (Abschnitt 31) laufend verstoßen. Mit Recht stellt das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften zu der verfehlten Agrarschutzpolitik der Bundesregierung in seinem neuesten Konjunkturbericht fest: „Seit einem Jahrzehnt muß die Existenz landwirtschaftlicher Kümmerbetriebe dazu herhalten, eine den Wettbewerb verhöhrende Gewinnexpansion der leistungsfähigen Großagrarien staatlich zu garantieren, anstatt die zurückbleibenden Bereiche der westdeutschen Agrarerzeugung durch eingreifende Strukturmaßnahmen — die sich in der Industrie weitgehend marktwirtschaftlich selbsttätig durchsetzen — entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zu reduzieren.“³⁾

Gewinne wachsen schneller als die Löhne und Gehälter

Im Wirtschaftsbericht wird eine Zunahme der Bruttolöhne und -gehälter im Jahre 1964 um insgesamt 6 vH und um durchschnittlich 5,2 vH je Arbeitnehmer geschätzt. Infolge der Progression wird die Lohnsteuerbelastung weiter anwachsen, so daß sich die Zuwachsraten der Nettolöhne und -gehälter um 5,4 vH insgesamt und um 4,6 vH je Arbeitnehmer vermindern. Diese Zuwachsraten, die sich mit den Schätzungen der Wirtschaftsforschungsinstitute decken, bleiben sowohl hinter der für 1964 erwarteten Entwicklung des Sozialprodukts als auch hinter der Gewinnentwicklung zurück. Die Bundesregierung nimmt an, daß die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in diesem Jahr um 6,4 vH und die Nettogewinne der Unternehmer um 6,7 vH ansteigen werden. Da die Zahl der Selbständigen 1964 weiter abnehmen wird, werden die Zuwachsraten der Pro-Kopf-Einkommen noch etwas größer sein. Erheblich von dieser Schätzung weicht die der Forschungsinstitute ab. Sie rechnen sogar mit einem Zuwachs der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 10,4 vH und der Nettogewinne um nicht weniger als 13 vH. Es läßt sich leicht vorstellen, was die Gewerkschaften zu hören bekommen würden, wenn ähnlich hohe Zunahmen der Löhne und Gehälter zu erwarten wären! Erinnerung sei an die Klagen der Unternehmer und der Bundesregierung, als im vorigen Wirtschaftsbericht ein zeitweiliges Zurückbleiben der Gewinne festgestellt wurde.

3) WWI-Mitteilungen, H. 1/1964, S. 9.

Entsprechend dem Zurückbleiben der Löhne und Gehälter wird der private Verbrauch 1964 langsamer wachsen als das Sozialprodukt. Dagegen werden die steigenden Gewinnerwartungen der Unternehmer sowie ihre wieder größer werdenden Selbstfinanzierungsmöglichkeiten erneut zu einer lebhaften Investitionstätigkeit und einem mit 7,3 vH überdurchschnittlichen Wachstum der Investitionen führen, wobei sich die Bauinvestitionen am stärksten ausweiten werden. Die Investitionsquote (der Anteil der Bruttoinvestitionen am Bruttosozialprodukt) wird mit 26,7 vH erneut den Höchststand von 1962 erreichen, während der Anteil des privaten Verbrauchs mit 56,6 vH auf den niedrigsten Stand seit langem herabgedrückt werden wird. Diese Entwicklung ist auf die Dauer nicht ohne Gefahren, wie vor einem Jahr in der Besprechung des vorjährigen Wirtschaftsberichts in den GM ausführlicher dargestellt wurde.⁴⁾ Überdurchschnittliche Zuwachsraten werden schließlich auch für 1964 beim Staatsverbrauch und im Außenhandel erwartet.

„Allgemein gehört eine bessere Koordinierung der öffentlichen Aufgaben und Ausgaben zu den vordringlichsten wirtschaftspolitischen Erfordernissen“, heißt es im Wirtschaftsbericht (Abschnitt 20). Eine richtige Erkenntnis, von der bereits im Wirtschaftsbericht 1963 zu lesen war. Aber immer noch mangelt es den Verantwortlichen offensichtlich an dem Willen zur planvollen Wirtschaftspolitik. Mit dem Wirtschaftsbericht allein ist es nicht getan. Es fehlt das für eine zielstrebige Konjunktur- und Strukturpolitik erforderliche Instrumentarium, und man vermißt Bemühungen der Bundesregierung, es sich zu beschaffen. Bis jetzt ist nicht einmal eine im Frühsommer 1963 vom Bundeswirtschaftsministerium angeforderte Ausarbeitung, in der lediglich Möglichkeiten einer antizyklischen Finanzpolitik dargestellt wurden, dem Kabinett vorgelegt worden.

4) GM, H.4/1963, S. 223.